

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/46

Bonn, den 10. März 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Das Geheimnis des Herrn Barzel</u> Zwischenrufe zur falschen Zeit	40
2	<u>So geht es nicht</u> Europa - keine Beschwörung der Vergangenheit Von Dr. Hans Apel, MdB	28
3	<u>Eine sensationelle Entdeckung der CDU...</u> 500.000 Menschen leben in Slums	42
4	<u>Schwarz und Weiß überempfindlich</u> Schier unlösbare Rassenprobleme in Amerika Von Paul Neumüller, New York	31

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Schlesier wurde Oberbürgermeister
Brandt: Auch nach Osten Gräben zuschütten
Wehner: Selbstbestimmungsrecht muß erhalten bleiben
25 Jahre Vertreibung
Über Aussig nicht länger schweigen
Für eine soziale LAG-Lösung
558 Aussiedler im Februar aus der Tschechoslowakei
Gabert über Seliger
Austausch zwischen Bonn und Seoul
Sommersingen für den Bundeskanzler
Über die letzten Tage daheim

Das Geheimnis des Herrn Barzel

Zwischenrufe zur falschen Zeit

sp - Der Vorschlag des Bundeskanzlers, die Gespräche zwischen Ostberlin und Bonn an jedem gewünschten Ort außerhalb von Berlin zu führen, zeigt unmißverständlich, daß die Bundesregierung nicht daran denkt, sich von irgendjemandem Bedingungen über die Reiseroute zum Ort der Gespräche vorschreiben zu lassen, andererseits aber sehr pragmatisch und ohne Formel- und Protokollkram zu einem Ergebnis gelangen will. Damit hat sie erneut bewiesen, daß es ihr auf die S a c h e und nicht auf ein vermeintliches Prestige ankommt.

Es bleibt das Geheimnis des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel, warum er wohl am Montag unterstellt hat, die Bundesregierung habe sich bereits auf eine schiefe Ebene begeben, als sie sich auf Erörterungen über den Weg zum Gesprächsort einließ. Die am späten Nachmittag bekannt gewordene Übergabe des Bundeskanzler-Briefes mit dem Vorschlag zu einem Treffpunkt außerhalb Berlins beweist das Gegenteil.

Es ist nicht unsere Sache, jetzt darüber zu rätseln, welche Antwort Ministerialdirektor Dr. Sahm am kommenden Donnerstag auf den Vorschlag Brandts erhalten wird. Entscheidend ist, daß die Gespräche weitergehen.

Was u n s e r e n Bereich anbetrifft, so bleibt allerdings die Frage offen, warum eigentlich Herr Barzel, der die entscheidenden Akteure an der Spitze der Bundesregierung in mehrjähriger Zusammenarbeit genau kennengelernt hat, plötzlich die Verbreitung von Mißtrauen als seine Aufgabe betrachtet. Mißtrauen ist ein schlechter Berater, besonders dann, wenn es gegenüber Persönlichkeiten verbreitet wird, deren demokratische Zuverlässigkeit auch für Herrn Barzel außer Zweifel stehen sollte.

Wem ist mit solchen unterschweligen Verdächtigungen, man habe sich bereits auf den Weg der Vorleistungen begeben, eigentlich gedient?

Herr Barzel ist geschick genug zu wissen, daß man mit solchen Unterstellungen keine Politik machen kann, und er weiß auch, daß er sich und den von ihm vertretenen Parteien nicht nützt. Man hat Herrn Barzel bei der letzten Informationsrunde erklärt, es gebe keine Vorleistungen und es werde auch keine geben. Und man hat ihm außerdem gesagt, wenn Verhandlungsergebnisse vorlägen, werde man miteinander darüber sprechen, um festzustellen, ob diese Ergebnisse befriedigend sind oder nicht.

Wenn Herr Barzel so weiter macht, wie am Montag in seiner Pressekonferenz und am Sonntag, unterstützt durch eine freigiebig ausgestrahlte Fernsehsendung, dann muß er eines Tages in den Verdacht geraten, das Ausloten der Möglichkeiten für einen Übergang von der deutschen Konfrontation zur Kooperation nicht zu w o l l e n.

Andere führende Persönlichkeiten in der CDU sind klüger. Sie sagen im Augenblick nichts oder nur wenig, weil sie genau wissen, daß Willy Brandt nicht der Mann ist, der in eine Sackgasse läuft oder sich von irgendjemandem aufs Kreuz legen läßt.

So geht es nicht

Europa - keine Beschwörung der Vergangenheit

Von Dr. Hans Apel, MdB

Als Georg Leber nach der Vorlage des Verkehrspolitischen Programms der Bundesregierung der Großen Koalition Rotterdam besuchte, hielt es ein Teil der niederländischen Presse für geschmackvoll zu behaupten, daß mit dem Leber-Plan ein zweites Mal versucht werde, Rotterdam zu zerstören. Das erste Mal hatte das die deutsche Luftwaffe 1940 in einem schrecklichen Terrorangriff getan. Als ich vor kurzem das Vorgehen des niederländischen Vertreters im EWG-Ministerrat kritisierte und mich scharf dagegen wandte, daß hier bei wichtigen Beschlüssen von uns das niederländische Placet mit Zugeständnissen zugunsten ihrer Häfen erkaufte werden sollte, wurde ich zum "National-Sozialisten".

Zu dieser Art von Etikettierung wäre sicherlich manches zu sagen. Doch hat es wohl keinen Sinn, auf einen Schelm einundhalbe zu setzen. Eins aber muß unterstrichen werden: Mit meiner Generation treten Politiker in unserem Lande in Aktion, bei denen es völlig sinnlos ist, immer wieder die Schemen der Vergangenheit zu beschwören. Wir wissen von den Untaten, die Hitler und die anderen Landesverräter im Namen unseres Volkes begangen haben. Wir übernehmen dafür die Konsequenzen und wollen wiedergutmachen, verstehen und Europas Realitäten nicht übersehen. Wir lassen uns aber nicht mit Begriffen aus der dunkelsten Periode der Geschichte unseres Volkes ducken oder diffamieren.

Auch im vereinten Europa ist es legitim und notwendig, regionale Interessen hart zu vertreten. Auch im vereinten Europa wird die demokratische Diskussion klar und deutlich sein, werden Schläge unter der Gürtellinie nicht ausbleiben. Ich muß aber als überzeugter Europäer sehr ernst davor warnen, immer dann wieder die Schatten der Vergangenheit zu beschwören, wenn es an sachlichen Argumenten fehlt. Wir bauen Europa nicht, um die Vergangenheit zu bewältigen, sondern weil nur auf diesem Wege unsere Zukunft liegt.

+ + +

Eine sensationelle Entdeckung der CDU...

500 000 Menschen leben in Slums

- hd - Die CDU hat die Slums entdeckt. Etwa 500 000 Menschen leben - nach Vermutungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Vogt - in diesen Slums; davon die Hälfte Kinder. MdB Vogt fordert nun die Bundesregierung auf, eine Untersuchung über Armut und Elend in der Bundesrepublik anstellen zu lassen. Mut hat der Mann.

Auch wenn sich eine solche "Enquete" nur darauf beschränkt, Sachverhalte und Tatsachen festzustellen, werden sich auch darin genug Hinweise auf Versäumnisse der Vergangenheit finden. Von denen des Herrn Preusker, der soviel Wohnungen bauen und sich damit als Minister für Wohnungsbau völlig überflüssig machen wollte, bis zum statistischen Wohnungsdefizit des Herrn Lücke und der Beseitigung des Mieterschutzes, den man mit § 556 a BGB nur recht mangelhaft zu ersetzen sucht.

Der Übel größtes jedoch ist die Entwicklung der Mieten, die in einer solchen Enquete vor allem einer gründlichen Darstellung ihrer Ursachen bedürfte: der Mangelage bei den Sozialwohnungen, der Bau- und Baupreise, um sichtbar zu machen, daß neben Kostensteigerungen auch die rücksichtslose Ausnutzung von Marktlagen zur Auffüllung der Slums geführt haben.

Nach Feststellungen des Deutschen Städtetages leben nur etwa 50 v.H. der Slumbewohner aus eigenem Verschulden in diesen Revieren. Die andere Hälfte ist nicht asozial, sie ist aus sozialfeindlichen Verhältnissen dorthin geraten. Teils hat der Mietwucher oder das für die steigenden Mieten zu geringe Einkommen, das auch durch das Wohngeld nicht ausgeglichen wird, dorthin vertrieben. Andere Ursachen sind der bereits erwähnte Mangel an Sozialwohnungen, aber auch oft genug gerade der Kinderreichtum, für den die Gesellschaft so wenig Verständnis hat.

Unter dem Begriff Slums sind hier nicht einmal jene städtischen Bereiche erwähnt, die als Altstadtviertel und zum Teil auch als Neubaugebiete nach dem Kriege dringend der Sanierung bedürfen. In diesen Fälle müßte man von Millionen Familien reden, die in Slums leben. MdB Vogt meint offensichtlich nur die noch immer nicht geräumten Laubenkolonien, die Obdachlosenasyile, und das sind manchmal große Wohnblöcke mit Primitivwohnungen, die die Städte bereitstellen, oder gar noch Barackenlager.

Aber was es auch immer sei, es bleibt dabei, daß teils in falsch Einschätzung des tatsächlichen Wohnbedarfs - teils aber auch in Ignoranz der Warnungen und statistischen Daten, die die Städte bereitstellen -, andererseits aber auch aus gesellschaftlicher Rücksichtslosigkeit und in Erfüllung von Interessenwünschen soziale Baumaßnahmen versäumt und Marktverhältnisse geschaffen wurden, die die angeblich soziale Marktwirtschaft in ihr Gegenteil verkehrte. Das aber geschah unter einer 20jährigen CDU-Herrschaft. Daher unsere Feststellung, MdB Vogt hat Mut.

+ + +

Schwarz und Weiß überempfindlich

Schier unlösbare Rassenprobleme in Amerika

Von Paul Neumüller, New York

Viele Amerikaner sehen ein, daß man die Neger des Landes nicht länger mehr als Menschen zweiter Klasse behandeln kann. Praktisch aber wird den Schwarzen nur dort die Gleichberechtigung zuerkannt, wo es keine näheren Berührungspunkte gibt, z.B. in der Armee, im öffentlichen Dienst, bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel und im Fürsorgewesen.

Bei dem Wohnungsproblem indessen machen die Weißen keine Zugeständnisse. Es ist für eine Negerfamilie nahezu unmöglich, in eine "weiße Wohngegend" umzuziehen. Also müssen die Schwarzen weiter in ihren "Gettos" leben, in denen Schmutz, Armut und Kriminalität geradezu gezüchtet werden. Hinzu kommt, daß so auch die Integration der Schulen erschwert wird. In Rochester im Staate New York traten kürzlich Lehrer und Eltern in den Streik, weil die Regierung unter dem Integrationsaspekt neue Schulbezirke geschaffen hatte, die bestimmten, daß weiße und schwarze Kinder nicht mehr die Nachbarschule, sondern eine weit entferntere Schule besuchen sollten. Härter noch reagierten die weißen Bewohner von Lamar im Südstaat North Carolina: Sie warfen Schulbusse, in denen schwarze Kinder zu einer bisher "rein" weißen Schule transportiert werden sollten, einfach um.

Auf der anderen Seite scheuen sich weiße Arbeitgeber oft, den schwarzen Arbeitern schwere oder schmutzige Arbeiten zuzuweisen. Also verrichten in zahlreichen Betrieben nur weiße Arbeiter die "diskriminierenden" Arbeiten. Es ist schon soweit gekommen, daß beide Seiten überempfindlich reagieren, wenn es um Integrationsfragen geht. Die "Black Panthers", die wegen Verschwörung angeklagt sind und in New York in Untersuchungshaft sitzen, werden noch in Schutz genommen, weil ein weißer Richter sich nicht mehr länger mit den übelsten Schimpfwörtern belegen lassen wollte; er setzte deshalb das Verfahren auf unbestimmte Zeit aus.

Das Rassenproblem in Amerika wird wohl noch lange auf eine Lösung warten müssen.